PRESSEMITTEILUNG

ZWST begrüßt Reformimpulse der Sozialstaatskommission – klare Forderungen für mehr Teilhabe und soziale Gerechtigkeit

Berlin, 13. September 2025

Die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) zieht eine positive Bilanz aus der Stakeholderkonferenz der Kommission zur Reform des Sozialstaats. Als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege begrüßt die ZWST die Einrichtung der Kommission und die Möglichkeit, ihre Perspektive in die Beratungen einzubringen.

Die Freie Wohlfahrtspflege ist eine tragende Säule des Sozialstaats. Sie steht für Solidarität, Subsidiarität und soziale Gerechtigkeit – Prinzipien, die auch die anstehende Reform leiten müssen. Für die ZWST, deren Arbeit vor allem Menschen mit Migrationshintergrund, Geflüchteten und älteren Menschen zugutekommt, ist klar: Nur ein zugänglicher, gerechter und inklusiver Sozialstaat kann gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie langfristig sichern.

Die ZWST unterstützt die Modernisierung des Sozialstaats, weist jedoch auf erhebliche Risiken hin: Digitalisierung und Bürokratie dürfen nicht zu sozialer Ausgrenzung führen. Reformen müssen das bestehende soziale Schutzniveau bewahren und den Zugang zu Leistungen erleichtern.

Die ZWST formuliert daher zentrale Forderungen:

- **Vorrang gemeinnütziger Träger** gegenüber profitorientierten Anbietern
- barrierearme, kultursensible und mehrsprachige **Digitalisierung sozialer Leistungen**
- **rechtlich gesicherter Beratungsanspruch**, insbesondere für Minderheiten und Zugewanderte
- systematische **Förderung sozialer Innovation und Prävention**, u. a. in den Bereichen Antisemitismusprävention, Integration und psychische Gesundheit
- **Vereinfachung von Verfahren**, pauschalierte Leistungen und interkulturell sensible Beratung zur Bekämpfung von Altersarmut
- **Stärkung der Wohlfahrtsverbände** als Orte gelebter Demokratie, Teilhabe und Solidarität.

Besonders dringlich ist für die ZWST die Unterstützung älterer Menschen in jüdischen Gemeinden, die überdurchschnittlich von Armut betroffen sind – darunter viele Holocaustüberlebende und Kontingentflüchtlinge. Hier braucht es niedrigschwellige Zugänge, faire Verfahren und wirksame Präventionsmaßnahmen gegen verdeckte Armut.

Kontakt für Presseanfragen: oeffentlichkeitsarbeit@zwst.org